

Forschungsergebnisse

Künftige Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland

Schrumpfung und Alterung viel dramatischer als bislang vermutet

Robert Lehmann und Joachim Ragnitz*

Das Statistische Bundesamt hat eine neue Bevölkerungsvorausberechnung präsentiert, deren Ergebnisse erheblich von bisherigen Erwartungen abweichen. Wurde bisher mit einer nahezu konstanten Bevölkerung bis zum Jahr 2070 gerechnet, wird nun ein Rückgang um zehn Prozent erwartet. Dieser Beitrag geht den Ursachen für die sehr unterschiedlichen Berechnungsergebnisse nach. Die Analyse zeigt, dass vor allem die unterschiedlichen Annahmen über den Verlauf der Nettozuwanderung nach Deutschland ausschlaggebend für die abweichenden Ergebnisse sind.

Das Statistische Bundesamt hat am 11. Dezember 2025 eine neue Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland präsentiert. Diese weicht in ihren Ergebnissen erheblich von den bisherigen Erwartungen ab: Ging die 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (KBV) aus dem Jahr 2022 noch davon aus, dass die Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2070 gegenüber dem damaligen Basisjahr 2021 annähernd konstant bleiben würde, wird nunmehr in der 16. KBV mit einem Rückgang der Bevölkerung gegenüber dem heutigen Stand um rund 10 % gerechnet (vgl. Abb. 1). Dies wirft die Frage nach den Ursachen für die sehr unterschiedlichen Berechnungsergebnisse auf.

Bevölkerungsvorausberechnungen stellen zwar keine Bevölkerungsprognosen im eigentlichen Sinne dar. Sie können aber abbilden, welcher Entwicklungspfad der Bevölkerung eintreten würde, wenn bestimmte Annahmen

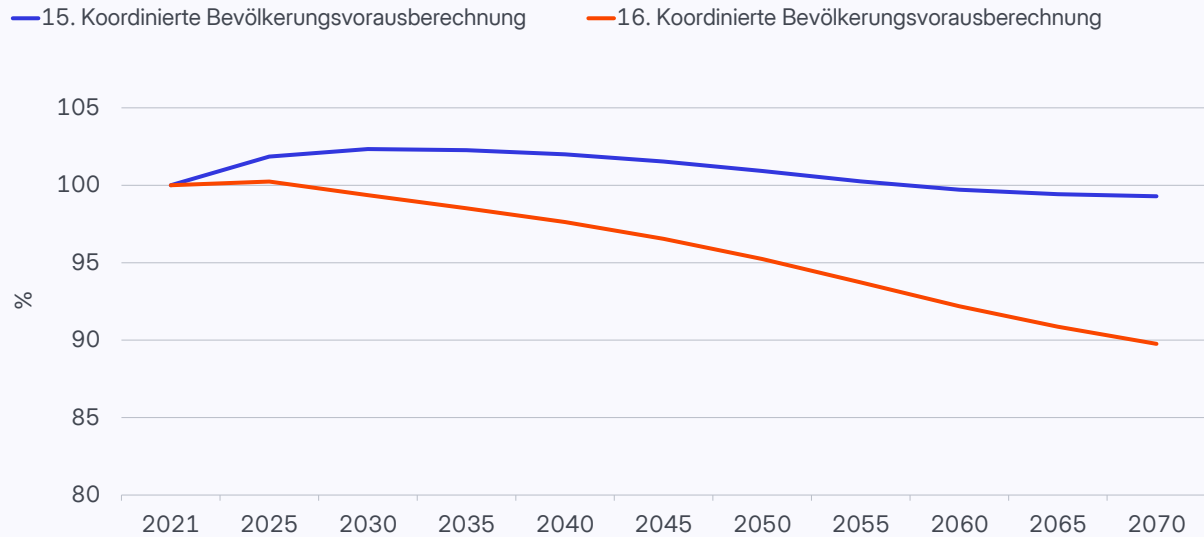
zu Geburtenraten, zur Sterblichkeit und zu Wanderungen eintreffen und sind damit ein wichtiges Planungsinstrument für Politik und Verwaltung. Während dabei die Annahmen zur natürlichen Bevölkerungsbewegung (Gebärverhalten und Sterblichkeit) halbwegs valide sein dürften, da diese Größen sich im Regelfall nur sehr langfristig verändern, können hinsichtlich der Wanderungsbewegungen aufgrund von schwer vorhersehbaren globalen Ereignissen lediglich annahmegestützte Szenarien gerechnet werden.

Die hier verwendete „mittlere“ Variante der beiden Bevölkerungsvorausberechnungen (G2L2W2) unterstellt dabei von den frühen 2030er Jahren an eine Nettozuwanderung von 250 000 Personen pro Jahr, was in etwa dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Kurzfristig können die Wanderungen jedoch erheblichen Schwankungen unterliegen, wie es zum Beispiel in den Jahren 2015 und 2022 aufgrund von Flüchtlingszuwanderungen der Fall gewesen ist. Da diese sich wiederum auch auf die Bevölkerungsstruktur (und damit auf die Basis für die Berechnung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung)

* Dr. Robert Lehmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Zentrum für Makroökonomik und Befragungen und Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland bis 2070, mittlere Variante (G2L2W2), 2021 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

auswirken, können derartige kurzfristige Schwankungen im Wanderungssaldo ebenfalls zu langfristig veränderten Entwicklungsmustern der Bevölkerungszahlen insgesamt führen.

Die zugrundeliegenden Annahmen unterscheiden sich zwischen der 15. KBV und der 16. KBV auf den ersten Blick allerdings nur wenig: Hinsichtlich der Geburtenentwicklung geht die 15. KBV von einer konstanten Geburtenrate von 1,55 Kindern je Frau ab dem Jahr 2032 aus; die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung unterstellt eine Stabilisierung bei 1,47 Kindern je Frau ab dem Jahr 2040. Auch bei den Annahmen zur Lebenserwartung gibt es nur geringe Unterschiede; für Jungen wird ein Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt um 6,0 bzw. 6,1 Jahre bis zum Jahr 2070 erwartet, bei Mädchen eine Zunahme um 4,8 bzw. 4,5 Jahre. Mit Blick auf den langfristigen Wanderungssaldo gehen beide Vorausberechnungen ebenfalls von den gleichen Werten aus.

Die Annahmen zur Geburtenrate und zum Wanderungssaldo beziehen sich freilich auf die längerfristigen Gleichgewichtswerte. Da in den jeweiligen Basisjahren der Bevölkerungsvorausberechnungen (2021/22 bzw. 2024/25) hiervon deutlich abweichende Werte erreicht wurden, ergeben sich in den beiden Vorausberechnungen unterschiedliche Anpassungspfade hin zu diesem langfristigen

Gleichgewicht (vgl. Tab. 1). So wurde in der 15. KBV ein allmählicher Anstieg der Geburtenrate von 1,48 (2022) auf 1,51 (2025) bzw. 1,55 (2030) unterstellt, während die Geburtenziffer tatsächlich in 2023 und 2024 weiter zurückging und im Jahr 2025 lediglich bei 1,31 gelegen haben dürfte. Dieser Wert wiederum stellt die Basis für die 16. KBV dar, die bis zum Jahr 2030 dann auf 1,36 (und auch bis zum Jahr 2040 erst auf 1,45) angehoben wird. Da der Unterschied in der unterstellten Geburtenrate bis dahin fortwährend zwischen 0,1 und 0,2 Punkten liegt, geht die 16. KBV bis zum Ende der 2030er Jahre von einer deutlich niedrigeren Geburtenzahl aus als die 15. KBV.

Ähnliches gilt auch für die Annahmen zum Wanderungssaldo. Während in der 15. KBV ein allmählicher Rückgang der jährlichen Zuwanderung von 1,3 Mio. Personen im Jahr 2022 auf 450 000 Personen (2025) bzw. 308 000 Personen (2030) unterstellt wurde, geht die 16. KBV basierend auf den zwischen den Jahren 2022 und 2024 deutlich stärker gesunkenen Werten von einer Nettozuwanderung von lediglich 225 000 Personen im Jahr 2025 und einem allmählichen Anstieg auf 250 000 Personen ab dem Jahr 2030 aus. Im Ergebnis führt dies dazu, dass die kumulierte Zahl der Zuwanderer*innen allein im Zeitraum 2022 bis 2030 in der 16. KBV um 864 000 Personen niedriger liegt als in der 15. KBV. Da die meisten Zuwan-

Tab. 1

Unterschiedliche Anpassungspfade an langfristige Gleichgewichtswerte bei 15. und 16. KBV

	2021	2022	2023	2024	2025	2030	2035	2040
Tatsächliche Werte								
Zusammengefasste Geburtenziffer (nach Zensus 2022)	1,61	1,49	1,38	1,35	-	-	-	-
Wanderungssaldo (in 1 000 Personen)	329	1 462	663	430	-	-	-	-
Bevölkerung insg. (nach Zensus 2011)	83 237	84 358	84 669	-	-	-	-	-
Bevölkerung insg. (nach Zensus 2022)	81 940	83 118	83 456	83 577	-	-	-	-
15. KBV								
Zusammengefasste Geburtenziffer	-	1,48	1,49	1,50	1,51	1,55	1,55	1,55
Wanderungssaldo (in 1 000 Personen)	-	1 300	513	483	454	308	250	250
Bevölkerung insg. (in 1 000 Personen)	-	84 249	84 489	84 639	85 182	85 123	84 896	84 509
16. KBV								
Zusammengefasste Geburtenziffer	-	-	-	-	1,31	1,36	1,43	1,45
Wanderungssaldo (in 1 000 Personen)	-	-	-	-	225	250	250	250
Bevölkerung insg. (in 1 000 Personen)	-	-	-	-	82 706	82 003	81 261	80 358

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts..

© ifo Institut

derer*innen eher jung sind, hat dies auch eine geringere Zahl an Geburten in der 16. KBV zur Folge.

Ein zweiter wesentlicher Grund für die Abweichungen zwischen 15. und 16. KBV liegt schließlich in der unterschiedlichen Basis, auf der die Bevölkerungsvorausberechnung aufsetzt (vgl. Tab. 1). Die 15. KBV beruht auf der durch eine Fortschreibung der Zensusergebnisse 2011 ermittelten Bevölkerungszahl des Jahres 2021 (83,2 Mio. Personen). Wie der Zensus 2022 gezeigt hat, belief sich die tatsächliche Einwohnerzahl Deutschlands in diesem Jahr allerdings nur auf 81,9 Mio. Personen (vgl. Statistisches Bundesamt 2025). Die erhebliche Differenz von 1,3 Mio. Einwohner*innen beruht dabei vor allem darauf, dass zahlreiche Personen (zumeist mit ausländischer Staatsangehörigkeit) offensichtlich Deutschland in den vergangenen zehn Jahren verlassen haben, ohne sich ordnungsgemäß bei den Einwohnermeldeämtern abzumelden, und damit auch weiterhin in der Statistik geführt wurden. Mit dem Zensus 2022 wurde insoweit eine neue Basis für die Bevölkerungsfortschreibung geschaffen, die

dann auch der 16. KBV (mit Basisjahr 2024) zugrunde liegt: Während in der 15. KBV für das Jahr 2024 eine Bevölkerung von 84,6 Mio. Personen ermittelt wurde, belief sich der tatsächliche Wert laut Fortschreibung auf Grundlage des Zensus 2022 lediglich auf 83,6 Mio. Personen.

Der Basiseffekt hat für sich allein genommen zwar noch keinen Effekt auf die Bevölkerungsdynamik. Da damit aber die Zahl der potenziellen Eltern geringer ausfällt, reduziert dies auch die künftige Bevölkerungsentwicklung. Zusammen mit der angepassten Annahme zur Entwicklung der Geburtenrate hat dies zur Folge, dass die Zahl der Geburten beispielsweise im Jahr 2030 in der 16. KBV um 150 000 niedriger ausfällt als in der vorherigen 15. KBV. Im Jahr 2040 beträgt der Unterschied immerhin noch 120 000 Geburten. Da dies mit einer Verzögerung von 25 bis 30 Jahren auch zu einer verringerten Zahl potenzieller Eltern führt, wird damit die Bevölkerungsdynamik auch längerfristig massiv gedämpft.¹

¹ Langfristige Effekte demografischer Ereignisse diskutiert bspw. Ragnitz (2018).

Der Unterschied in der Dynamik der beiden verglichenen Bevölkerungsvorausberechnungen ist vor allem auf diesen indirekten, jedoch auch langfristig wirksamen Effekt zurückzuführen.

Geht man davon aus, dass die Vorausberechnungen der 16. KBV tatsächlich eintreten, so wird sich der demografische Wandel in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten im Vergleich zur bisherigen Bevölkerungsvorausberechnung deutlich verschärfen. Dies betrifft nicht nur die Zahl der Einwohner*innen insgesamt (vgl. Abb. 1), sondern insbesondere auch die Altersstruktur der Bevölkerung (vgl. Abb. 2). Die Zahl der Personen im Rentenalter (67 Jahre und älter) wird sich bis Mitte der 2030er Jahre im Vergleich zum Stand des Jahres 2021 um annähernd 30 % erhöhen (dies entspricht einer Zunahme des Anteils dieser Altersgruppe von 19,6 % auf 24,9 %). Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (0–19 Jahre) bzw. der Personen im erwerbsfähigen Alter (20–66 Jahre) wird hingegen um etwa 10 %, langfristig sogar um etwa 20 % fallen. Korrespondierend dazu geht auch der Anteil dieser Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung deutlich zurück. In der 15. KBV war hingegen in diesen beiden Altersgruppen noch von annähernder Konstanz der Einwohnerzahlen ausgegangen worden.

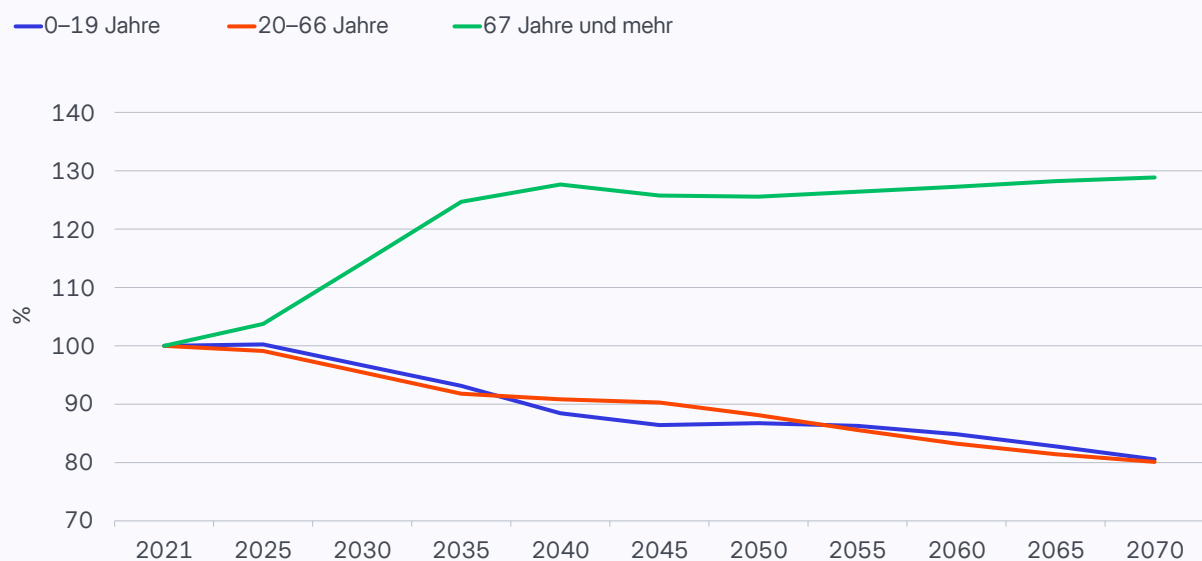
Betroffen von der Bevölkerungsschrumpfung sind dabei vor allem die ostdeutschen Flächenländer (vgl. Abb. 3). Die Bevölkerung hier wird unter den Annahmen der 16. KBV bis zum Jahr 2070 um rund 22 % gegenüber dem Niveau von 2021 zurückgehen, die Zahl der Kinder und Jugendlichen sowie der Einwohner*innen im erwerbsfähigen Alter sogar um rund 30 %. In den westdeutschen Flächenländern in ihrer Gesamtheit geht die Bevölkerung bis dahin um immerhin 9 % zurück (0- bis 19-Jährige: –18 %, 20- bis 66-Jährige: –19,6 %).² In der 15. KBV war hingegen für die westdeutschen Flächenländer noch eine weitgehende Konstanz der Gesamtbevölkerung vorhergesagt worden (–0,7 %). Nur die Stadtstaaten werden nach den Ergebnissen der 16. KBV eine leicht zunehmende Bevölkerung erwarten können.

Der demografische Wandel wird erhebliche Auswirkungen auf alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft haben – angefangen bei den Sozialversicherungssystemen über die wirtschaftliche Entwicklung bis hin zu den Bedarfen an Infrastrukturen jeglicher Art. Die Politik wäre gut beraten, bei Maßnahmen mit langfristiger Bindungswirkung (wie

² Ausnahme ist nach den Berechnungen der 16. KBV das Saarland, wo die Bevölkerung um knapp 20% zurückgehen dürfte.

Abb. 2

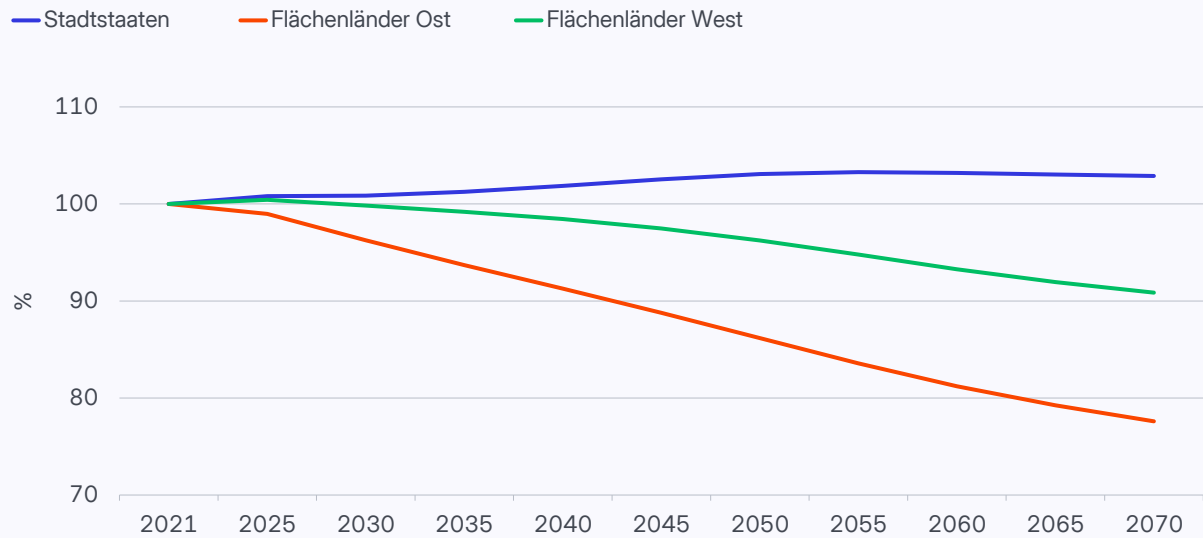
Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen, Deutschland, 2021 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, nach Teilräumen, 2021 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

z. B. bei den Personalbeständen im öffentlichen Dienst, der Reform der Alterssicherungssysteme oder des Bildungssystems) diese Herausforderungen bereits heute zu berücksichtigen – auch um kostenträchtige Fehlentscheidungen zu vermeiden. •

Referenzen

Ragnitz, J. (2018), „Keine Kinder = keine Enkel: Zur Langfristigkeit demographischer Entwicklungen“, ifo Dresden berichtet, 25 (04), 28–33.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2025), [Rückgerechnete Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2022: 2011–2021](#), Statistischer Bericht, EVAS-Nummer 12411